

Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2009: Redekonzept Brigitte Wolf (23.7.2008)

Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

2009 wird zum ersten Mal ein doppischer Haushalt aufgestellt, was ich sehr begrüße. Durch diese betriebswirtschaftliche Darstellungsweise besteht die Chance, die Bürgerinnen und Bürgern verstärkt bei der Haushaltspolitik einzubeziehen, Stichwort Bürgerhaushalt. Ob die Landeshauptstadt reicher oder ärmer geworden ist, lässt sich künftig relativ einfach am Gesamtergebnis ablesen – und die Fixierung auf den aktuellen Schuldenstand relativiert sich. München hat viel investiert und nicht aus der Substanz gelebt. Und trotzdem sinkt der Schuldenstand. Das hört sich gut an. Was jedoch fehlt, ist eine Darstellung der politischen Schwerpunkte der rot-grünen Stadtratsmehrheit. Das Fazit des Kämmerers, der weitere Abbau des Schuldenstandes bleibe Hauptaufgabe dieser Stadt, kann es ja wohl nicht sein.

Die Einführung des neuen Haushalts darf nicht dazu verführen, die Stadt nur noch als Unternehmen bzw. Konzern zu betrachten. Wozu das führt, sieht man bei der Bundesanstalt für Arbeit, die ihre Bemühungen auf die Arbeitslosen konzentriert, die sie am schnellsten vermitteln kann, weil sie damit Geld spart. Die Erfüllung einer sozialen Aufgabe ist das nicht mehr. Wenn ausgeblendet wird, dass städtische Ausgaben politischen und sozialen Zielen dienen, dass es einen durch Wahlen vermittelten Auftrag der Bürgerinnen und Bürger gibt, so wären alle mit dieser Neuerung verbundenen Vorteile nichtig. Zumindest der Kämmerer schwebt in ständiger Gefahr, auf diesen Irrweg zu geraten. Wir als LINKE wollen jedoch dafür sorgen, dass soziale Themen verstärkt in den Fokus rücken.

Kolleginnen und Kollegen, München ist eine reiche Stadt!

Alle aktuell vorgelegten Zahlenwerke beweisen dies: Sei es das Rechnungsergebnis 2007, die aktuellen Finanzdaten 2008 oder auch der vorgeschlagene Eckdatenbeschluss 2009. Die Krise an den internationalen Finanzmärkten hat die wirtschaftliche Entwicklung in München noch nicht beeinträchtigt. In vielen Bereichen und bei vielen Vergleichen steht München an der Spitze – und doch stimmt die Balance im sozialen Bereich nicht!

Trotz einer nun schon mehrere Jahre andauernden Entspannung auf dem Arbeitsmarkt und einem bis zur Stunde immer noch günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld, und obwohl die wirtschaftliche Entwicklung Münchens überdurchschnittlich gut war, ist es nicht gelungen, den Trend zur Verfestigung der Armut aufzubrechen.

München ist reich, aber viele Münchnerinnen und Münchner sind es nicht!

Dem Reichtum in der Stadt stehen immer mehr Menschen gegenüber, die ohne Unterstützung nicht mehr in München leben können. Sie werden abgehängt und rutschen weiter ab: Trotz Rückgang der Arbeitslosenzahlen und Ansteigen der Beschäftigtenquote sinkt die Zahl der Haushalte, die auf städtische Hilfen angewiesen, nicht. Im Gegenteil, die Zahl armer Rentnerinnen und Rentner, die mit der Grundsicherung auskommen müssen, steigt ständig an. Durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und deren Ersetzung durch die Hartz-IV-Gesetze wird diese neue Altersarmut in den nächsten Jahren rasch anwachsen. Doch auch die Zahl der Menschen, die von Hartz-IV-Leistungen leben müssen, geht kaum zurück, obwohl

doch auch die Zahl langzeitarbeitsloser Menschen durchaus sinkt. Dies zeigt, dass für immer mehr Menschen gilt: Arm trotz Arbeit! Das darf gerade eine reiche Stadt wie München nicht dulden.

Ich will deutlich sagen, dass hier ein Versagen der Öffentlichkeit offensichtlich wird. Wir, d.h. der Stadtrat wären verpflichtet dafür zu sorgen, dass die vielen Menschen, die vom Arbeitsmarkt verdrängt worden sind, eine echte Chance erhalten, ihr Angebot auszubauen. Statt dessen leben viele von der Substanz. Denn Sie können nicht bestreiten, dass eine Familie, die zu den bekannten Hartz-IV Bedingungen leben muss, wirtschaftlich, sozial und gesundheitlich auf dem absteigenden Ast sitzt. Das sehen Sie an der Ausstattung der Haushalte, das sehen Sie am gesundheitlichen Zustand und das sehen Sie an den Problemen der Kinder mit den Angeboten des Sozial- und Bildungswesens. Wenn eine Familie von der Substanz leben muss, dann ist jede noch so kleine Verbesserung wichtig und wertvoll. Eine Entlastung in einer solchen bedrängten Lage als entmutigendes Almosen zu bezeichnen, ist nicht nur herzlos, sondern auch im wirtschaftlichen Sinn unverständlich. Entmutigend und demütigend sind vielmehr die täglichen Erfahrungen mit Hartz IV. Und man sollte eines nicht vergessen – die Münchner Tafel hat längst eine Warteliste. Das heißt, nicht alle, die Nahrungsmittelspenden bräuchten, können sie auch erhalten. Konkret heißt das: es gibt längst wieder Hunger im reichen München!

Um die steigende Armut in München zu bekämpfen, sind weitere Anstrengungen der Stadt erforderlich:

- * Die Erhöhung des Regelsatzes im SGB XII ist ein erster, begrüßenswerter Schritt – ausreichend ist er jedoch nicht; neben etwa 20 Prozent höheren Regelsätzen muss vor allem für Kinder und auch für kranke Menschen ein eigener Regelsatz entwickelt werden.

- * Die Pauschalierung im ALG II und bei der Grundsicherung muss weg – und damit die ganze Brutalität der Hartz-IV-Regelungen; bis dahin müssen bedarfsgerechte Leistungen für Familien mit Kindern und für alte und kranke Münchnerinnen und Münchner über den städtischen Haushalt finanziert werden. Dazu gehört auch die Wiedereinführung einer Weihnachtsbeihilfe. Der flächendeckende Rückgriff auf Stiftungsmittel oder Spenden ist ein skandalöses Alarmsignal für eine sozial engagierte Politik – auch das Sozialreferat bestätigt, dass Stiftungsmittel nicht die Lösung sind für fehlende öffentliche Leistungen.

- * In Krippen, Kindergärten, Schulen und Horten muss dafür gesorgt werden, dass alle Kinder abwechslungsreiches und gesundes Essen erhalten, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern

- * Im gesamten Bildungsbereich muss noch massiv investiert werden, um zu verhindern, dass ein großer Teil der Münchner Kinder und Jugendlichen ausgesiebt wird.

- * Das Sozialticket im MVV muss endlich eingeführt werden, angebunden an den München Pass; bezahlbare Mobilität in der Stadt ist wichtig zur sozialen und gesellschaftlichen Inklusion. Ich hoffe, dass es im Herbst endlich bedarfsgerecht eingeführt wird – viel zu lange wird es von den zuständigen Stellen bereits verzögert.

- * Beim Strom ist ein Sozialtarif erforderlich, der auch umweltpolitische Ziele aufgreift – auch wenn dies OB Ude wortreich von sich weist und als Almosen

diffamiert. Hier gibt es die verschiedensten Tarifmodelle, die Politik und auch die Stadtwerke sind gefordert, sich damit inhaltlich auseinander zu setzen.

Kolleginnen und Kollegen,

Nicht nur bei den sozialen Investitionen, sondern auch im investiven Bereich versagt die Stadt in verschiedenen Sektoren:

Zur Eindämmung der überhohen Mieten in München muss die Stadt massiv in den öffentlichen Wohnungsbau investieren. Und ein solches Wohnungsbauprogramm kann nicht nur von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und deren Mietern finanziert werden, sondern die Stadt selbst muss als Investor auftreten. Gerade jetzt kündigt Siemens an, 1000 Werkswohnungen in München zu verkaufen. Der Oberbürgermeister sollte sich umgehend dafür einsetzen, dass diese 1000 Wohnungen zu einem moderaten Preis in städtische Hand kommen – zur Erhöhung der städtischen Eingriffsmöglichkeiten in der Wohnungspolitik.

Immerhin sollen GWG und GEWOFAG sich künftig verstärkt im Wohnungsneubau und –sanierung engagieren – reichen wird das jedoch nicht, um die Wohnungsnot bzw. die überhöhten Mieten zu lindern. Ein energetisches Sanierungsprogramm, das sozial abgefedert wird, muss zudem zur Eindämmung der rapide steigenden Strom- und Heizkosten beitragen.

Auch in der Verkehrspolitik setzt die Stadt die falschen Schwerpunkte. So werden eine ganze Reihe verfehlter Straßenbaumaßnahmen beschlossen (z.B. Durchstich Stäblistraße), während der Weiterbau der U5 nach Pasing immer weiter verzögert wird. Dies ist ein grober Fehler für die weitere Stadtentwicklung. Sowohl im verkehrsberuhigten Pasinger Zentrum als auch im neuen Stadtviertel Freiham, werden verstärkt Wohnungen und Büros entstehen, mit einer entsprechenden Verkehrszunahme. Zudem wollen wir doch erreichen, dass noch mehr Menschen auf den ÖPNV umsteigen – die Explosion des Benzinpreises tut das ihre dazu. Bei Beachtung dieser Entwicklungen ist die Verknüpfung von U und S-Bahn eine sinnvolle, vergleichsweise kostengünstige Maßnahme. Und im bevorstehenden Wettbewerbsverfahren zur Neugestaltung des Pasinger Zentrums sollte auf jeden Fall mitberücksichtigt werden, wie denn beispielsweise die U-Bahneingänge bzw. die Rettungsschächte situiert werden könnten. Das Baureferat muss deshalb zumindest die Planung weiter führen können.

Kolleginnen und Kollegen,

Solange der Kampf gegen die zunehmende Armut nicht stärker in den Mittelpunkt städtischer Politik rückt, kann DIE LINKE dem Haushalt der Stadt nicht zustimmen.

Dazu müssten Sie sich auch mit den Unzulänglichkeiten der städtischen Leistungen und Einrichtungen als Teilursache der Verfestigung von Armut beschäftigen.

Bitte bedenken Sie: Auch wir, die wir uns für erfolgreich halten, und es vielleicht auch sind, haben es nicht ohne Einrichtungen der öffentlichen Hand geschafft, in denen wir uns entwickeln und lernen konnten. Die öffentlichen Einrichtungen und Leistungen müssen den Menschen entgegen kommen, und je größer die Not ist, desto weiter müssen sie dies tun.